



10. Infrastruktur und ländlicher Raum

Die öffentliche Infrastruktur schafft die Grundlagen für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung. Der ländliche Raum ist ein wichtiger Lebensraum für viele Menschen, Produktionsstandort für gesunde Lebensmittel, Naherholungsraum für die Stadtbewohner, Tourismusziel und Rohstofflieferant. Ein schnelles Internet für alle, die Instandsetzung und der Ausbau von Straßen und Infrastruktur, die Stärkung der regionalen Landwirtschaft und nicht zuletzt die Entwicklung und der Schutz des ländlichen Raumes sind für uns oberstes Gebot. Wir sagen auch ja zu neuen Rheinbrücken.

11. Öffentliche Verwaltung

Verwaltung darf nicht über den Kopf der Bürger hinweg organisiert werden. Jede weitere Gebietsreform oder Gemeindefusion muss von der Mehrheit der betroffenen Einwohner mitgetragen werden. Wir lehnen Experimente mit privatwirtschaftlichen Projekten unter Beteiligung der öffentlichen Hand ab. Wir wollen die Gründung eines landesweit zuständigen Landesverwaltungsamts. Damit reduzieren sich die Personalkosten durch den Abbau von Doppelstrukturen, ohne die Dienstleistungen einzuschränken. Wir fordern rechtlich einwandfreie und faire Arbeitsbedingungen. Seit der Förderalismusreform 2006 klaffen die Arbeitsverhältnisse zwischen den einzelnen Bundesländern weit auseinander. Polizeibeamte in Bayern werden wesentlich besser bezahlt als unsere in Rheinland-Pfalz. Wir wollen das Praktikantentum in der Landesverwaltung stoppen und den Umgang mit Beschäftigten an Universitäten, Museen und anderen Einrichtungen nicht länger hinnehmen!

12. Forschung, Lehre und Innovation

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland auf das Wissen und Können seiner Bürger angewiesen, um Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern. Der Erwerb dieses Wissens ist an Investitionen in Forschung und Lehre gebunden. In diesem Bereich haben jahrelange Versäumnisse Rheinland-Pfalz zurückfallen lassen. Die AfD fordert deshalb umso mehr, unser Bundesland zu einem attraktiven Standort für Wissenschaft, Forschung und Innovation auszubauen.



Das ausführliche Wahlprogramm der AfD Rheinland-Pfalz, Veranstaltungshinweise, Pressemeldungen zu aktuellen politischen Entwicklungen und Informationen, wie Sie uns unterstützen können finden Sie auf: www.alternative-rlp.de

Die AfD ist eine bürgerliche Volkspartei.

Wir treten auf allen politischen Ebenen für Demokratie, Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit, Subsidiarität und Meinungsfreiheit ein, damit die Menschen in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben und arbeiten können. Wir rücken das Wohl unseres Landes und seiner Menschen in allen Politikfeldern wieder in den Mittelpunkt der Politik und stellen uns gegen die zunehmende Tabuisierung von wichtigen Themenfeldern. Der öffentliche Diskurs muss wieder in die Mitte der Gesellschaft.

Wir haben den Mut zu Freiheit, Demokratie und Verantwortung.

Verändern Sie am 13. März Rheinland-Pfalz – mit Ihrer Stimme für die AfD!



Listenplatz 1:
Uwe Junge (58)
Wahlkreis 11 (Andernach)
Berufsoffizier, Oberstleutnant
Politische Schwerpunkte: Aussen- und Sicherheitspolitik, Innere Sicherheit



Listenplatz 4:
Michael Frisch (58)
Wahlkreis 25 (Trier)
Lehrer
Politische Schwerpunkte: Bildungs- und Familienpolitik, Bioethik



Listenplatz 2:
Joachim Paul (44)
Wahlkreis 9 (Koblenz)
Gymnasiallehrer
Politischer Schwerpunkt: Bildung und Kultur



Listenplatz 5:
Heribert Friedmann (58)
Wahlkreis 32 (Worms)
Polizeibeamter
Politische Schwerpunkte: Innere Sicherheit und Familienpolitik



Listenplatz 3:
Dr. Jan Bollinger (38)
Wahlkreis 4 (Neuwied)
Verwaltungsleiter
Politische Schwerpunkte: Direkte Demokratie und Einwanderung/Integration



Listenplatz 6:
Dr. Silvia Groß (63)
Wahlkreis 16 (Rhein-Hunsrück)
Ärztin
Politische Schwerpunkte: Gesellschaft, Finanzen, Gesundheit

Bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende: AfD Rheinland-Pfalz, Sparkasse Worms-Alzey-Ried
IBAN DE 9655 3500 1000 2177 3157 | BIC MALADE51WOR

Alternative für Deutschland, Landesverband Rheinland-Pfalz
Schusterstraße 22 • 55116 Mainz
Telefon: 06131 486 38 10 • Fax: 06131 586 88 01
www.alternative-rlp.de



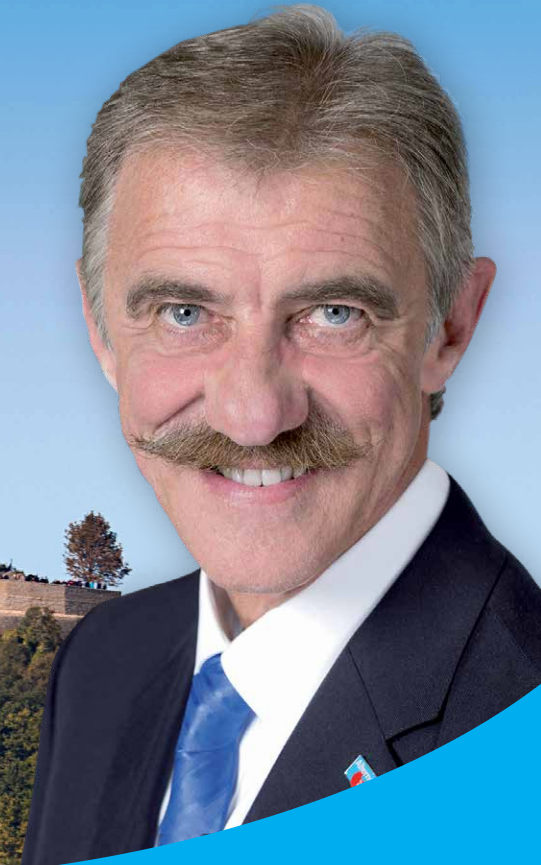
FREIHEIT, DEMOKRATIE
UND VERANTWORTUNG

Mit Herz und Verstand
für unser Land

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 (Kurzfassung)



Uwe Junge
Spitzenkandidat



Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016

1. Direkte Demokratie

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – so steht es in unserem Grundgesetz (Artikel 20). Die Realität sieht anders aus: In Deutschland ist aus der angestrebten Volksherrschaft in vieler Hinsicht eine Parteienherrschaft geworden. Durch die Stärkung direktdemokratischer Elemente zusätzlich zur repräsentativen Demokratie wollen wir den Bürgern wieder mehr Macht geben, über ihre Belange unmittelbar selbst zu entscheiden. Wir fordern daher wirksame Volksentscheide auf allen politischen Ebenen nach dem Vorbild der Schweiz. Die Hürden und Quoren für Volksentscheide müssen auf ein realistisches Maß gesenkt werden.

2. Kinder und Familie

Die AfD-Rheinland-Pfalz bekennt sich klar zum Leitbild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern. Familien sind für den Fortbestand unserer Gesellschaft von unersetzbarer Bedeutung. Wenn es uns nicht gelingt, Familien mit Kindern wieder zum Fundament der Gesellschaft zu machen, hat unser Land keine Zukunft. Demographische Probleme lassen sich nicht durch Zuwanderung lösen. Wir brauchen eine „Willkommenskultur“ für Kinder und eine größere Wertschätzung für Familien! Die AfD fordert deshalb die Einführung eines Familiensplittings zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern. Auch bei der Rentenversicherung muss die elterliche Erziehungsleistung angemessen berücksichtigt werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die familiäre Erziehung unter Dreijähriger in gleichem Maße staatlich zu fördern wie die Betreuung in Krippen und Kitas – damit Eltern wirkliche Wahlfreiheit haben.

3. Bildung und Schule

Eine Politik, die eine nach unten nivellierende Einheitsschule anstrebt und dabei einen Qualitätsverlust in Kauf nimmt, bedroht die Zukunftsfähigkeit junger Menschen und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir fordern deshalb die Erhaltung des gegliederten Schulsystems, die Stärkung des dualen Systems, also des Zusammenwirkens zwischen schulischer und beruflicher Ausbildung sowie die Stärkung der Gymnasien. Darüber hinaus fordern wir eine Revision der Lehrerbildung, die auf umfangreicher und solider fachwissenschaftlicher Ausbildung fundieren soll. Die Lehrerarbeitslosigkeit in den Sommerferien schafft prekäre Arbeitssituationen, ist demotivierend, sozial ungerecht und darüber hinaus familienfeindlich.



4. Integration, Einwanderung und Asyl

Die AfD möchte den Missbrauch des Asylrechts verhindern. Asyl ist für uns Hilfe auf Zeit, bis die Verhältnisse im Herkunftsland eine sichere Rückkehr möglich machen. Wir setzen uns für beschleunigte Asylverfahren sowie die konsequente Abschiebung abgelehnter, krimineller und extremistischer Asylbewerber ein. Wir fordern die dauerhafte Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Antragsteller aus sicheren Herkunftsländern sind unverzüglich an der Landesgrenze abzuweisen, und die Liste solcher Länder muss fortwährend aktualisiert werden. Anlaufstellen für Asylbewerber müssen außerhalb der EU geschaffen werden, die Hilfe vor Ort muss verstärkt werden. Weitere Massenzuwanderung über sichere EU-Transitstaaten lehnen wir in dieser Form grundlegend ab. Bootsflüchtlinge aus Nordafrika müssen gerettet und dann zurückgeführt werden. Einwanderung kann für Deutschland nur ein Gewinn sein, wenn sie im deutschen Interesse gesteuert wird.

5. Innere Sicherheit

Ziel der AfD ist es, eine tragfähige Balance zwischen der Freiheit des Einzelnen und der Sicherheit aller Bürger herzustellen und zu erhalten. Parallelgesellschaften müssen verhindert und radikale Gruppierungen konsequent bekämpft werden. Leben, Hab und Gut der Bürger sind zu schützen und dem Sicherheitsgefühl der Bürger ist Rechnung zu tragen. Gesetze sind stringent anzuwenden und müssen sich stets am „Wohle des deutschen Volkes“ orientieren und „Schaden von ihm abzuwenden.“ Dazu gehört auch die Verstärkung und Achtung von Polizei- und Rettungskräften, deren Umfang stark reduziert wurde, während die Anzahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen stetig steigt. Eine angemessene materielle Ausstattung und die sofortige Nachbesetzung von pensionierten Polizisten sind für die Sicherheit der Beamten und Bürger unabdingbar. Wir fordern ein Mindeststrafmaß von einem Jahr bei tätlichen Angriffen gegen Polizei- und Rettungskräfte. Der Bürger hat das Recht, über Kriminalitätsstatistiken ohne politische Einflussnahme informiert zu werden.

6. Energieversorgung

Ziel einer erfolgreichen Energiepolitik muss eine sichere, kostengünstige und umweltgerechte Energieversorgung sein, deren Kernkriterien in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Gemessen an dieser Vorgabe ist die sogenannte Energiewende als gescheitert zu bewerten. Der Strompreis hat sich in wenigen Jahren verdoppelt, die Netzstabilität wird durch die stark schwankende Energieeinspeisung zunehmend gefährdet und unsere gewachsenen Naturlandschaften werden durch Windenergieanlagen zerstört. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bewirkt durch die dauerhafte Subventionierung eine massive Umverteilung der Vermögen zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung und zu Gunsten einer Minderheit von gesetzlich subventionierten Profiteuren der EE-Stromerzeugung. Die AfD setzt sich daher dafür ein, das unsoziale EEG für neue Anlagen sofort zu beenden und die deutsche Stromversorgung auf der Basis naturwissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse sowie marktwirtschaftlicher Prinzipien wiederherzustellen. Den weiteren Ausbau der EE ohne verfügbare Energiespeicher lehnen wir ab.

7. Gesundheit

Wir stehen für ein sozial orientiertes Gesundheitswesen, das eine flächendeckende medizinische Versorgung auf hohem Niveau für alle Bevölkerungsschichten zur Verfügung stellt. Die AfD unterstützt das traditionell gewachsene, duale Gesundheitssystem mit der Aufteilung in gesetzliche und private Krankenkassen. Gesetzliche wie auch private Krankenversicherer sind ein wichtiger Bestandteil des Gesundheitssystems und fördern Innovationen. Die freie Arzt-Wahl und eine gesicherte ärztliche Versorgung auf dem Land mit vielseitig ausgebildeten Hausärzten sind die Grundvoraussetzungen für ein funktionierendes Gesundheitssystem. Die Bürokratie im Gesundheitswesen muss auf allen Ebenen verringert werden. Dies gilt insbesondere für ausufernde Dokumentationspflichten bei den Leistungserbringern, aber auch bei den Krankenkassen.

8. Wirtschaft und Arbeit

Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft sehen wir Vollbeschäftigung als beste Sozialpolitik. Nicht das Verteilen von Almosen, die uns vorher über Steuern genommen wurden, sondern staatliche Rahmenbedingungen, die allen Bürgern eine freie Entfaltung ihrer Möglichkeiten sowie ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, sind für uns erstrebenswert. Dazu gehört für uns die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz ebenso, wie eine Senkung der Grunderwerbsteuer, um den Erwerb von Wohneigentum insbesondere für Familien zu erleichtern. Freien Handel befürworten wir, eine Fremdbestimmung, beispielsweise durch das Transatlantische Handelsabkommen (TTIP)- lehnen wir ab. Die intransparenten Verhandlungen hierüber laufen zwar noch, doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass TTIP das Selbstbestimmungsrecht der Völker einschränken und den Verbraucherschutz beeinträchtigen wird.

9. Finanzen und öffentliche Haushalte

Unser Ziel ist es, einerseits die Steuerverschwendung des Landes zu verringern und andererseits sein Steueraufkommen zu erhöhen. Dazu gehört für uns gleichzeitig eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen, denen von Bund und Land viele Aufgaben ohne die nötigen finanziellen Mittel zugewiesen werden. Dies gilt beispielsweise in erheblichem Maße für Kitas, die Inklusion oder auch für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern. Diese muss letztlich von den steuerzahlenden Bürgern der Kommunen bezahlt werden. Alle Ausgaben des Landes müssen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit überprüft werden. Die Bezahlung von Gleichstellungsbeauftragten, Gender-Lehrstühlen an Hochschulen oder Fußballstadien gehören nicht zu den Landesaufgaben. Subventionen müssen streng auf Zielerreichung geprüft, zeitlich limitiert und abgebaut werden. Bildung, MINT-Forschung und Entwicklung bilden das Fundament von Wertschöpfung und damit unserer Wirtschafts- und Steuerkraft. Hier herrschen Nachholbedarf und Mangel. Unsere globale Wettbewerbsfähigkeit muss gesichert werden, im Sinne von Arbeit und Wohlstand, anstelle von Genderpolitik und Leistungsverteufelung.